



Kathrin Rösel MdB

Unter der Kuppel – Neues aus dem Bundestag

2. Dezember 2016

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

in dieser Woche haben wir das Leistungsrecht für Menschen mit Behinderungen reformiert. Wir schaffen mit dem neuen **Bundesteilhabegesetz** eine gute neue Grundlage für die Schwächsten in unserer Gesellschaft. Zentrales Ziel des neuen Gesetzes ist es, den Fokus mehr auf Prävention und Rehabilitation statt ausschließlich auf Pflegeleistungen zu legen. Gleichzeitig wird die Behindertenpolitik in Deutschland im Einklang mit der UN-Behindertenrechtskonvention weiterentwickelt. Wir wollen die gesellschaftliche Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen deutlich stärken. Daher haben wir im parlamentarischen Verfahren dafür gesorgt, dass viele Sorgen der Betroffenen ausgeräumt werden: Wir erhöhen den Vermögensschonbetrag (Ansparmöglichkeit) von 2.600 auf rund 5.000 Euro, zudem wird das Arbeitsförderungsgeld von bisher 26 Euro auf künftig 52 Euro verdoppelt. Wir fassen die Regelungen zur Eingliederungshilfe komplett neu und werten das SGB IX zu einem Leistungsgesetz auf. Fachleistungen der Eingliederungshilfe werden damit künftig klar von Leistungen zum Lebensunterhalt getrennt und finanziert.

Weitere Informationen zum Bundesteilhabegesetz können Sie gerne dem beigefügten Anhang entnehmen.

Änderung des Pflegestärkungsgesetzes

Mit dem Pflegestärkungsgesetz II hatten wir bereits den Pflegebedürftigkeitsbegriff und ein neues Begutachtungsverfahren für den 1. Januar 2017 beschlossen. Nun werden mit dem dritten Pflegestärkungsgesetz weitere Verbesserungen im immer wichtiger werdenden Bereich der Pflege auf den Weg gebracht. Da das Verbesserungspotential in diesem Bereich



insbesondere vor Ort durch mehr Koordination, Kooperation und Steuerung entsteht, erweitern und flexibilisieren wir die Gestaltungsspielräume von Ländern und Kommunen. So kann die Hilfe bei den Pflegebedürftigen und ihren Familien zügig ankommen. Zudem sollen die Kontrollen verschärft werden, um Pflegebedürftige, ihre Familien und die Pflegekräfte besser vor betrügerischen Pflegediensten zu schützen. Schließlich schaffen wir für Kommunen die Möglichkeit, sich an Maßnahmen zum Auf- und Ausbau der Angebote zur Unterstützung im Alltag auch in Form von Personal- oder Sachmitteln einzubringen. Damit stellen wir sicher, dass Beratung und Versorgung insgesamt bei den Betroffenen und ihren Familien besser ankommen und sich am individuellen Bedarf orientieren. Berater vor Ort sind für die Hilfesuchenden besser erreichbar und kennen die örtlichen Gegebenheiten.

Grundsicherung ausländischer Personen

Das Gesetz zur Regelung von Ansprüchen ausländischer Personen in der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch und in der Sozialhilfe nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch haben wir in dieser Woche in zweiter und dritter Lesung beschlossen. Damit werden die Leistungsansprüche und Leistungsausschlüsse insbesondere für EU-Bürger in Deutschland gesetzlich klarer festgeschrieben. Wer nicht in Deutschland arbeitet, selbstständig ist oder einen Leistungsanspruch nach SGB II auf Grund vorheriger Arbeit erworben hat, dem stehen innerhalb der ersten fünf Jahre keine dauerhaften Leistungen nach SGB II oder SGB XII zu. Die Betroffenen können – längstens für einen Zeitraum von einem Monat – Überbrückungsleistungen bis zur Ausreise erhalten und im Bedarfsfall ein Darlehen für die Rückreisekosten.

Bundesverkehrswegeplan 2030

Mit rund 1.350 einzelnen Straßenvorhaben und einem noch einmal auf rund 270 Milliarden Euro erhöhtem Gesamtvolumen bis 2030 beschließen wir einen Bundesverkehrswegeplan, der sich sehen lassen kann. Er berücksichtigt Straße (rund 49% der Mittel), Schiene (rund 41%) und Wasserstraßen (etwa 10%) und legt einen Schwerpunkt auf die Modernisierung und den Erhalt der bestehenden Verkehrsinfrastruktur.

Viele Projekte aus unserer Region sind im vordringlichen Bedarf und können damit bis 2030 realisiert werden. Der weitere Ausbau der A7 nördlich des Dreiecks Walsrode, die Ortsumgehung Scheeßel und der zügige zweigleisige Ausbau der Eisenbahnstrecke Rotenburg-Verden sind finanziell abgesichert. Beim späteren Ausbau der Amerikalinie soll es ebenso Verbesserungen der Kreuzungssituation zwischen Schiene und Straße in den Ortslagen Visselhövede, Soltau und Munster geben.

Asylbewerberleistungsgesetz

Mit diesem Gesetz haben wir in abschließender Lesung die Anpassung der Bedarfssätze für Asylbewerber in Deutschland beschlossen. Asylbewerber erhalten künftig weniger Geld, dafür mehr Sachleistungen! Zum Beispiel werden die regelbedarfsrelevanten Ausgaben für die Haushaltsenergie und Wohnungsinstandhaltungskosten aus dem Bedarfssatz im Asylbewerberleistungsgesetz ausgegliedert. Auch diese werden von den Leistungsbehörden künftig als Sachleistungen zur Verfügung gestellt.

Trauer um Peter Hintze

Mit Peter Hintze verlieren wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion einen herausragenden Politiker. Er hat über Jahrzehnte hinweg durch seine Arbeit und seinen Einsatz den Deutschen Bundestag – zuletzt als Vizepräsident – die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und die CDU mitgeprägt. Als Vorsitzender der Landesgruppe setzte er sich in Berlin für sein Heimatland Nordrhein-Westfalen ein und dachte dabei stets auch an das Wohl Deutschlands.

Wir trauern um Peter Hintze und sind in diesen Tagen in unseren Gedanken bei seiner Frau und seinem Sohn.

Und sonst?

Der Name **Lent-Kaserne** in Rotenburg bleibt bestehen. Die Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen hat mir persönlich bestätigt, dass keine Bestrebungen seitens des Ministeriums bestehen, den Namen des Bundeswehrstandortes zu ändern, es sei denn, die Verantwortlichen der Stadt oder die Soldatinnen und Soldaten des Standortes wünschen dies. Das eindeutige Votum des Rotenburger Stadtrates für die Beibehaltung des Namens spricht nicht für die Einleitung eines formellen Verfahrens zur Namensänderung.

Somit bleibt der Name Lent-Kaserne erhalten, wie in Rotenburg mehrheitlich gewünscht.



In der nächsten Woche...

...findet der Bundesparteitag der CDU Deutschlands in Essen statt. Als Delegierte werde ich natürlich vor Ort sein. Am Donnerstag werde ich eine Besuchergruppe der Bundeswehr Rotenburg in Berlin empfangen und den Soldatinnen und Soldaten Rede und Antwort stehen. Am Freitag bin ich bei der CDU Harburg-Land eingeladen und werde einen Vortrag zu den Änderungen im Sexualstrafrecht halten.

Weitere Termine in der kommenden Woche im Wahlkreis finden Sie auf meiner Homepage.

Ihre

A handwritten signature in black ink that reads 'Kathrin Rösel'.

Kathrin Rösel MdB